

Titel der Drucksache:

**Keine Anmietung Erfurter Immobilien zur
 Unterbringung von Geflüchteten oder
 Asylbegehrenden**

Drucksache

2725/23

Stadtrat

Entscheidungsvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Hauptausschuss	12.12.2023	öffentlich	Vorberatung
Stadtrat	13.12.2023	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag

01

Der Oberbürgermeister wird verpflichtet, weitere Immobilien zur Unterbringung von Geflüchteten oder Asylbegehrenden weder anzumieten noch käuflich zu erwerben.

02

Dem Oberbürgermeister wird untersagt, weitere Immobilien der Stadt Erfurt oder der Kommunalen Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt (KoWo) zur Unterbringung von Geflüchteten oder Asylbegehrenden zur Verfügung zu stellen.

23.11.2023, gez. i. A. 

Datum, Unterschrift

Nachhaltigkeitscontrolling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage	Demografisches Controlling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage			
Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja →	Nutzen/Einsparung <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Sachverhalt			
↓	Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)			
Deckung im Haushalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	Gesamtkosten EUR			
↓				
	2023	2024	2025	2026
Verwaltungshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Verwaltungshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
<input type="checkbox"/> Deckung siehe Entscheidungsvorschlag				

Fristwahrung

Ja Nein

Anlagenverzeichnis

Sachverhalt

Gemäß der Beantwortung der Drucksache 1925/23 sucht die Stadt Erfurt im Rahmen einer Interessenbekundung Wohnraum für Flüchtlinge. Augenscheinlich interessiert sich die Stadt vornehmlich für Hotels und Jugendherbergen, vgl. DHJ Jugendherberge in der Klingenstrasse 4. Die Stadt Erfurt bleibt bereits seit Jahren wegen der unzureichenden pauschalen Erstattung durch das Land auf einen nicht unerheblichen Anteil der Kosten zur Unterbringung der Geflüchteten sitzen. Um diese offenen Forderungen ausgleichen zu können, bleiben andere dringende Projekte wie bspw. die zügige Kita- und Schulsanierung auf der Strecke.